

# DER **KRITIK.** PUNKT

Newsletter der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag  
Nummer 21 · September 2010

## Putenmast-Skandal um Niedersachsens Agrarministerin

Astrid Grotelüschen eine Lobbyistin für Massentierhaltung



*In dieser Ausgabe lesen Sie:*

|  |         |
|--|---------|
| Editorial .....  | Seite 2 |
| Putenmastskandal um Ministerin Grotelüschen .....          | Seite 2 |
| „Hauptsache raus“ – Niedersachsens Abschiebep Praxis ..... | Seite 3 |
| Anti-Neonazi-Protest ausgebremst .....                     | Seite 3 |
| Linksfraktion fordert neue Feiertage .....                 | Seite 3 |
| Jugendarbeitslosigkeit muss bekämpft werden .....          | Seite 4 |
| Abgeordnete sollen Nebeneinkünfte offenlegen .....         | Seite 4 |

**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag

## Editorial

Lieber Leserinnen, liebe Leser,

die Sorge um unsere Demokratie ist offensichtlich sehr berechtigt. Wir haben in Niedersachsen mit Astrid Grotelüschen eine Agrarministerin, die mit der Mastputenbrütereier ihrer Familie so eng verquickt ist, dass sie als Tierschutzministerin unglaublich ist. Eine Ministerin, der man ansieht: Sie versteht überhaupt nicht, warum ihre Verbandsarbeit mit der industriellen Massentierhaltung von vielen kritisch gesehen wird. Offensichtlich wird es in Kreisen der CDU als ganz normal empfunden, privatwirtschaftliche und politische Interessen miteinander zu vermischen. Politik sollte aber so unabhängig von der Wirtschaft sein wie möglich, damit demokratisch gewählte Politikerinnen und Politiker die Wirtschaft kontrolliert und nicht umgekehrt.

Mindestens genau so besorgniserregend sind die nicht nachvollziehbaren Gefahrenprognosen vor Demonstrationen, die die Sicherheitsbehörden unter der Verantwortung des Innenministers Schönemann erstellen. Wenn Nazis demonstrieren wollen und breite Bündnisse Gegendemonstrationen anmelden, dann werden - wie in Bad Nenndorf - mehrere hundert gewaltbereite DemonstrantInnen vorhergesagt und der polizeiliche Notstand ausgerufen. Und schon entscheidet ein Gericht: Nazi-Demo erlaubt, Gegendemo verboten. Auch wenn die Gegendemo im letzten Augenblick noch erlaubt wurde: Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit sind offensichtlich in Deutschland nicht selbstverständlich.

Es gibt viel zu tun für DIE LINKE, wir packen es an.

Herzlich

Ihre Kreszentia Flauger  
(Fraktionsvorsitzende)



# Putenskandal: Agrarministerin verquickt politisches Amt mit geschäftlichen Interessen

Die Landtagsopposition hat erneut erhebliche Zweifel an der Eignung von Astrid Grotelüschen (CDU) als Landwirtschaftsministerin geäußert, DIE LINKE fordert ihren sofortigen Rücktritt. Grotelüschen ist auch für den Tierschutz zuständig und wegen der sogenannten „Putenaffäre“ in Mecklenburg-Vorpommern in die politische Schusslinie geraten. In dortigen Mastställen sind nach einem Bericht von Report Mainz Puten grausam gequält worden. Die Tierrechtler von Peta hatten dem Fernsehmagazin die Bilder von verwesenen, sterbenden und stark lädierten Puten zugespielt. Peta steht für „People for the Ethical Treatment of Animals“ und fordert, Tiere nicht zu essen, zu quälen und in Massen zu halten.

LINKE, SPD und Grüne werfen der Ministerin vor, als ehemalige Geschäftsführerin des Putenküken-Zuchtbetriebs ihres Mannes in Ahlhorn für die Missstände in mecklenburgischen Mastbetrieben mitverantwortlich zu sein. Die Mastputenbrütereier im Landkreis Oldenburg ist die Nummer zwei unter den Putenküken-Lieferanten in Deutschland und „produziert“ jedes Jahr rund fünf Millionen Tiere. Die Ministerin bestreitet die Anschuldigungen und sagt, sie habe nichts mehr mit der Firma ihres Mannes zu tun. Der Zuchtbetrieb ihres Mannes nehme zudem keinen direkten Einfluss auf die Mäster im Osten. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Sie legen die Vermutung nahe, dass die Ministerin nach dem Besuch des Fernsehteams ihren Mann vorab über den Bericht informiert hat.

### Faxe als Beweismaterial

Schon drei Tage bevor das ZDF den Bericht über die Skandalmäster veröffentlichte, hatte Grotelüschen's Mann vorformulierte Faxe mit einer eidesstattlichen Erklärung an die Mäster verschickt, um die Vorwürfe wegen Tierquälerei zu entkräften. Darin wird abgestritten, dass die Bilder in den betreffenden Betrieben aufgenommen worden sind. Die drei Mäster brauchten nur noch zu unterschreiben, was zwei auch postwendend taten. Da einer nicht umgehend

antwortete, soll er kurze Zeit später ein neues Fax erhalten haben, das dieses Mal als Absender die private Faxnummer der Ministerin trug. Sollte sich das bestätigen, nährt es den Verdacht, dass die Ministerin an der Vertuschung des Putenmastskandals persönlich beteiligt war. Die Landtagsopposition fragt jedenfalls,

wer Grotelüschen's Mann so schnell über die Vorwürfe informiert hat.

Durch die Medien mit dem Leid der Tiere in den Mastställen konfrontiert, sagte Astrid Grotelüschen, das sei „nicht wünschenswert“. Von einer Tierschützerin hätte ich eine scharfe Verurteilung der Tierquälerei erwartet, geißelte Marianne König, agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, diese Bagatellisierung. „Politik und Unternehmen sind bei Ihnen nicht voneinander zu trennen“, warf sie der Ministerin vor. König berichtete im Landtag, dass die Bevölkerung erschüttert sei. „Immer

wieder höre ich die Frage: ‚Wie kann eine solche Ministerin das Amt einer Tierschützerin wahrnehmen?‘“ Astrid Grotelüschen lobte jedoch ihre eigene Arbeit und meinte: „Wir brauchen keine sogenannten Tierschützer wie Peta, und wir brauchen auch nicht diejenigen, die diese Machenschaften flankieren“ und erntete dafür lebhaften Beifall von CDU und FDP. „Grotelüschen ist nicht nur eine Ministerin, die industrielle Viehzucht fördert, sondern eine Unternehmerin, die Großställe beliefert“, kommentierte Marianne König. Die Ministerin sei als oberste Tierschützerin Niedersachsens vorgekommen und unglaublich, sie müsse deshalb zurücktreten.

Zwei Tage nach der Debatte im Landtag traten weitere Indizien zutage, dass die Landwirtschaftsministerin ihr politisches Amt und private Geschäftsinteressen vermischt. So hat Marianne König herausgefunden, dass ein offizielles Büro von Astrid Grotelüschen im Ahlhorner Firmengebäude ihres Mannes untergebracht ist und auch denselben zentralen Telefonanschluss benutzt.



Marianne König, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

# Freitod in Haftanstalt

## Schluss mit der unmenschlichen Abschiebep Praxis!

Vor dem Hintergrund des Freitods des Abschiebehäftlings Slawik C. in der Haftanstalt Langenhagen hat DIE LINKE erneut gefordert, die unmenschliche Abschiebep Praxis in Niedersachsen zu beenden. Der 58-Jährige hatte sich Anfang Juli in der Zelle mit einem Elektrokabel eines Wasserkochers erhängt. Er hinterlässt seine Ehefrau, einen Sohn und ein Enkelkind. Die Familie kommt aus der Krisenregion Bergkarabach, eins der am meisten umkämpften Gebiete zwischen Aserbajdschan und Armenien, und lebt seit mehr als zehn Jahren in Jesteburg im Landkreis Harburg. Das Handeln der Behörden, das zum Suizid des Aserbajdschaners führte, sei kein Einzelfall, sondern tägliche Praxis, beklagte Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Ausländerbehörden würden versuchen, Flüchtlinge ohne Rücksicht auf ihre tatsächliche Herkunft in irgendein Land abzuschicken, das zur Aufnahme bereit sei. Um die Identität nachzuweisen, würden die Behörden des angeblichen Herkunftsstaates zur Ausstellung des Passersatzpapiers auf Papiere einer anderen Person zurückgreifen, so Zimmermann.

Der Asylantrag von Slawik C, der als aserbajdschanischer Staatsangehöriger dem armenischen Volk angehört, war vor sieben Jahren abgelehnt worden. Die Ausländerbehörde schaltete Interpol ein, um die Identität der Familie festzustellen, der man falsche Angaben unterstellte. Interpol wurde im Fall Slawik C. angeblich fündig und lieferte armenische Personalien. Diese waren aber, wie das Bundeskriminalamt feststellte, falsch. Mit falschen Daten haben die Behörden falsche Papiere für ein falsches Land ausgestellt und so den Ausgangspunkt für die Tragödie gelegt. Auch die Abschiebehäft war rechtswidrig, begründet mit einem lange zurückliegenden Verstoß gegen die sogenannte Residenzpflicht und einem Besuch in Holland. Die Residenzpflicht verbietet es einem Menschen, den jeweils zugewiesenen Landkreis zu verlassen. Der Verstoß dagegen steht aber nicht im Haftantrag und hat deshalb für den Haftbeschluss keine Rolle gespielt. Pia Zimmermann bekräftigte die Forderungen der Linksfraktion, die Residenzpflicht und die Abschiebehäft abzuschaffen, bei der Menschen die Freiheit entzogen wird, obwohl sie keine Straftäter sind.

# Protest gegen Naziaufmarsch in Bad Nenndorf ausgebremst

## Opposition macht Innenminister verantwortlich

Ein gerichtliches Verbot und Auflagen für die Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Bad Nenndorf haben im Landtag einen heftigen Streit zwischen Regierung und Opposition ausgelöst. Grüne und Linksfraktion werfen Innenminister Uwe Schünemann (CDU) vor, seine Einschätzung von gewaltbereiten Gegendemonstranten sei durch nichts zu belegen. Schünemann hatte gar den „polizeilichen Notstand“ ausgerufen, weil angeblich nicht genug Polizeikräfte zur Verfügung gestanden hätten. Beides habe schließlich zum Verbot der Gegendemonstration durch den Landkreis Schaumburg und das Verwaltungsgericht Hannover geführt, kritisierte die Opposition. Auch die massiven Demonstrationsauflagen habe Schünemann mit zu verantworten. Das Oberverwaltungsgericht hob zwar das Verbot der Gegendemonstration auf, genehmigte aber nur eine „stationäre Versammlung“ des Bündnisses „Bad Nenndorf ist bunt“ in einem Wohngebiet. Die Kundgebung musste zudem nach zwei Stunden bereits am Vormittag beendet sein und durfte laut Auflage der Versammlungsbehörde 70 Dezibel Lärmpegel nicht überschreiten - was der Lautstärke eines etwas lautereren Gesprächs entspricht. Die Nazis konnten dagegen am Nachmittag in einer

Pendeldemo vom Bahnhof zum Wincklerbad und zurück marschieren und hatten dafür vier Stunden Zeit.

Der Innenminister rechtfertigte seine Einschätzung von gewaltbereiten Gegendemonstranten, weil sich der DGB als Anmelder der Gegendkundgebung angeblich nicht hinreichend von „gewaltbereiten Linksextremisten“ distanziert habe. Der DGB verurteilte dagegen den Versuch, die Proteste von Jüdischer Gemeinde, Kirchen, Sportvereinen und demokratischen Parteien gegen den Naziaufmarsch zu kriminalisieren. Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, beschwerte sich über überzogene Reaktionen der Polizei. Diese habe ohne erkennbaren Grund Tränengas gegen Demonstranten eingesetzt. Sie selbst sei an der Ausübung ihres Mandats als Abgeordnete gehindert worden, als sie sich einen Überblick über die hermetisch abgeriegelte Marschroute der Nazis verschaffen wollte.

# Keine zusätzlichen Feiertage

*Obwohl Niedersachsen zu den Bundesländern mit den wenigsten gesetzlichen Feiertagen gehört, haben alle anderen Parteien den Antrag der Linksfraktion abgelehnt, zwei zusätzliche arbeitsfreie Tage einzuführen. DIE LINKE hatte vorgeschlagen, zusätzlich den internationalen Frauentag am 8. März und den Weltkindertag am 20. September zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären. Damit wäre Niedersachsen nicht allein: Der 8. März ist in 26 Ländern der Welt bereits ein gesetzlicher Feiertag, der Weltkindertag wird sogar in 145 Ländern rund um den Globus gefeiert. Der linke Abgeordnete Hans-Henning Adler erinnerte im Landtag daran, dass den Arbeitnehmer/innen zwischen Harz und Küste der Buß- und Betttag als gesetzlicher Feiertag genommen worden ist. Trotzdem hielten es die anderen Parteien nicht für nötig, sich ernsthaft mit dem Antrag der Linksfraktion auseinanderzusetzen. Der Antrag sei „sozialpaternalistischer Schmonz“ und schmälere vielleicht sogar die sozialen Sicherungssysteme, polemisierte Ralf Briese (Grüne). André Wiese (CDU) sorgte sich um Mindereinnahmen für die Wirtschaft. Jürgen Krogmann (SPD) erkannte zwar, dass „wir Nordlichter“ bei den Feiertagen schlechter abschneiden als Süddeutschland, aber meinte: „Damit müssen wir leben.“ Wenn an Allerheiligen, am Reformationstag, an Fronleichnam oder am Tag der Heiligen Drei Könige viele Menschen ausschlafen und die Beine hochlegen können, müssen die Niedersachsen auch in Zukunft schuften.*



Pia Zimmermann bei der Kundgebung des Bündnisses „Bad Nenndorf ist bunt“

## Nebenjobs von Abgeordneten werden nicht offengelegt!

*Mit den Stimmen von CDU und FDP hat der Landtag abgelehnt, die Nebeneinkünfte von Landtagsabgeordneten offenzulegen. Ein Antrag der Grünen sah vor, die Regelung zu übernehmen, wie sie auch für Bundestagsabgeordnete gilt. Letztere müssen seit vier Jahren ihre Nebentätigkeiten und daraus erzielte Einkünfte öffentlich machen, die dann im Internet bei den Abgeordneten-Biografien nachzulesen sind. Klagen dagegen von Politikern vor dem Bundesverfassungsgericht hatten die obersten Verfassungshüter verworfen. Für die Linksfraktion begrüßte Pia Zimmermann den Antrag ausdrücklich. Sie verwies darauf, dass die linken Abgeordneten schon seit jeher etwaige Nebeneinkünfte im Internet veröffentlichen – und das aus gutem Grund. „Abgeordnete sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, nur ihrem Gewissen unterworfen“, heißt es in Artikel 38 des Grundgesetzes. Daraus folgt, dass Abgeordnete den überwiegenden Teil ihrer Arbeitszeit und Energie für die Vertretung der Interessen ihrer Wähler/innen aufzuwenden haben. Ein glaubwürdiger und transparenter Umgang mit Nebeneinkünften und Spenden ist deshalb geboten, auch, um verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Die Wähler/innen müssen wissen, ob ihre Abgeordnete oder ihr Abgeordneter auch Dritten verpflichtet ist. Wirtschaftliche Beziehungen und Verflechtungen müssen bekannt sein. Nur dann können die Wähler/innen manche Äußerungen und Handlungen der Volksvertreter/innen richtig einordnen.*

## Impressum

Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag  
 Redaktion: Christian Degener, Michael Fleischmann und Jan Langehein  
 Titelbild/Copyright: T. Lödermann/Deutscher Tierschutzbund  
 V.i.S.d.P.: Christa Reichwald  
 Anschrift: Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
 30159 Hannover  
 Tel.: 05 11 / 30 30 44 02  
 Fax: 05 11 / 30 30 48 80  
 info@linksfraktion-niedersachsen.de  
 www.linksfraktion-niedersachsen.de

## Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit gefordert

Anlässlich des Internationalen Tages der Jugend am 12. August hat die Linksfraktion die Landesregierung aufgefordert, die Jugendarbeitslosigkeit und den Lehrstellenmangel zu bekämpfen. „Die Landesregierung muss ihre Zuschauerrolle in der Arbeitsmarktpolitik aufgeben“, fordert die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Ursula Weisser-Roelle. „Sie kann nicht länger so tun, als ginge sie die Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen nichts an.“ Rund 37.000 offiziell arbeitslos gemeldete junge Menschen unter 25 Jahren erforderten ein Landesprogramm für mehr Ausbildung und Beschäftigung. DIE LINKE hat einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Nach dem Vorbild von Berlin und Brandenburg fordert sie unter anderem einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit existenzsichernden Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose.

Im Vergleich zum Sommer vergangenen Jahres ist die Jugendarbeitslosigkeit im Bundesdurchschnitt deutlich schneller zurückgegangen als in Niedersachsen. Rund 10.000 junge Frauen und Männer hängen zudem in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fest oder erhalten einen Gründungszuschuss für den Sprung in die Selbstständigkeit und fallen so aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Dazu kommt, dass fast 40 Prozent der jungen Leute, die einen Job suchten, nur ein pre-

käres Arbeitsverhältnis gefunden haben. Minijobs und Leiharbeit mit Dumpinglöhnen prägen auch bei jungen Leuten die Stellenangebote, hat eine Studie der IG Metall herausgefunden. Die Landesregierung soll sich nach dem Willen der Linksfraktion bei der Bundesregierung und im Bundesrat deshalb mit Nachdruck für gute Arbeit und gute Löhne einsetzen.

Entgegen allen offiziellen Beteuerungen, vor allem aus der Wirtschaft, ist auch die Ausbildungsplatzsituation in Niedersachsen desolat. Selbst nach Beschönigung der Statistik suchen fast 18.000 Jugendliche Lehrstelle, bei 10.000 offenen Stellen. Jeder Bewerber muss also rechnerisch mit einer knappen halben Stelle auskommen. DIE LINKE verlangt deshalb eine Bundesratsinitiative für eine Ausbildungsplatzumlage von der Landesregierung. Danach sollen ausbildungsfähige Unternehmen, die ihrer Ausbildungsverantwortung nicht nachkommen, zahlen. Verantwortungsbewusste Unternehmen, die ausbilden, sollen dagegen von der Umlage profitieren. Die Landesregierung soll sich mit einer Bundesratsinitiative außerdem dafür stark machen, dass der geplante Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik unterbleibt. Denn die Bundesregierung will bis 2014 auch bei der Förderung von Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen kräftig kürzen.

# Die Zukunft ist erneuerbar! Atomkraft abschaffen!



### Anmeldung & Infos:

Sophie Friese und Unmut Ibis  
 Tel.: 040/42 831-23 10

[www.linksfraktion-hamburg.de/energiekonferenz](http://www.linksfraktion-hamburg.de/energiekonferenz)  
[energiekonferenz@linksfraktion-hamburg.de](mailto:energiekonferenz@linksfraktion-hamburg.de)

in der  
**FABRIK**  
 Barnerstraße 36  
 Hamburg

# ENERGIEKONFERENZ 3./4. September 2010